



C(Extr.)/25/4

ORIGINAL: englisch

DATUM: 19. März 2008

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN
GENÈVE

DER RAT

Fünfundzwanzigste außerordentliche Tagung
Genf, 11. April 2008

PRÜFUNG DER VEREINBARKEIT DES GESETZES DER
EHEMALIGEN JUGOSLAWISCHEN REPUBLIK MAZEDONIEN
ÜBER NEUE SORTEN LANDWIRTSCHAFTLICHER PFLANZEN
MIT DER AKTE VON 1991 DES UPOV-ÜBEREINKOMMENS

Vom Verbandsbüro erstelltes Dokument

Einleitung

1. Mit Note vom 18. Februar 2008 an den Generalsekretär der UPOV übersandte die Ständige Vertretung der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien beim Amt der Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in der Schweiz in der Anlage ein Schreiben vom 30. November 2007 von Herrn Antonio Milošoski, Minister für auswärtige Angelegenheiten der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien, an den Generalsekretär der UPOV, der um Prüfung der Vereinbarkeit des vom Parlament der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien am 4. Juli 2007 verabschiedeten Gesetzes der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien über neue Sorten landwirtschaftlicher Pflanzen (nachstehend das „Gesetz“) mit der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens (nachstehend die „Akte von 1991“) ersuchte. Die Note und das Schreiben sind in Anlage I dieses Dokuments wiedergegeben.

2. Anlage II enthält eine von der Regierung der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien eingereichte Übersetzung des Gesetzes ins Englische. Die Genauigkeit der Übersetzung und die verwendete Terminologie werden in verschiedenen Fällen einer

Abgleichung mit der Urschrift des Gesetzes bedürfen. Bis diese abgeschlossen ist, wird nicht bekannt sein, ob die scheinbaren Widersprüche zur Akte von 1991 das Ergebnis einer ungenauen Übersetzung sind oder sich aus dem Wortlaut der Urschrift des Gesetzes ergeben.

3. Artikel 34 Absatz 3 des Übereinkommens sieht vor: „Jeder Staat, der dem Verband nicht angehört, sowie jede zwischenstaatliche Organisation ersuchen vor Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde den Rat um Stellungnahme, ob ihre Rechtsvorschriften mit diesem Übereinkommen vereinbar sind. Ist der Beschluß über die Stellungnahme positiv, so kann die Beitrittsurkunde hinterlegt werden.“

4. Die Regierung der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien hatte das Verfahren für den Beitritt zur UPOV bereits mit Schreiben vom 4. September 2000 eingeleitet, in dem Frau Verica Demirovska, Direktorin, Ministerium für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, den Rat der UPOV um Stellungnahme zur Vereinbarkeit des im Mai 2000 verabschiedeten „Gesetzes für Saat- und Pflanzgut und Vermehrungsmaterial sowie Anerkennung, Genehmigung und Schutz der Sorte“ mit der Akte von 1991 ersucht hatte.

5. Der Rat entschied auf seiner vierunddreißigsten ordentlichen Tagung vom 26. Oktober 2000,

a) der Regierung der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien mitzuteilen, daß das Gesetz einige bedeutende Bestimmungen des Übereinkommens nicht enthält;

b) das Verbandsbüro zu ersuchen, der Regierung der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien seine Unterstützung bei der Abfassung der erforderlichen Änderungen des Gesetzes und der Erstellung einer befriedigenderen Übersetzung in eine oder mehrere der UPOV-Amtssprachen anzubieten;

c) der Regierung der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien mitzuteilen, daß sie nach der Annahme der in Dokument C/34/13 dargelegten erforderlichen Änderungen, die die Anforderungen des Verbandsbüros erfüllen, und nach der Abfassung von Durchführungsbestimmungen eine Urkunde über den Beitritt zum Übereinkommen hinterlegen kann.

6. Die obige Entscheidung des Rates vom 26. Oktober 2000 ist nicht mehr anwendbar, da das Gesetz von 2007 das Gesetz von 2000 für nichtig erklärte (vergleiche Absatz 55 des Gesetzes). Aus diesem Grunde und gemäß Artikel 34 Absatz 3 der Akte von 1991 reichte die Regierung der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien ein neues Gesuch an den Rat um Stellungnahme zur Vereinbarkeit des Gesetzes mit der Akte von 1991 ein (vergleiche Absatz 1 dieses Dokuments).

Rechtsgrundlage für den Schutz von Pflanzenzüchtungen in der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien

7. Der Schutz neuer Pflanzensorten wird in der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien von dem Gesetz geregelt. Eine Analyse des Gesetzes folgt in der Reihenfolge der wesentlichen Rechtsvorschriften der Akte von 1991.

Artikel 1 der Akte von 1991: Begriffsbestimmungen

8. Die Artikel 3 Absatz 1 und 12 Absätze 1 und 3 des Gesetzes enthalten einige Elemente der Begriffsbestimmung des „Züchters“. Artikel 12 Absatz 3 des Gesetzes enthält widersprüchliche Bestimmungen in bezug auf den möglichen Inhalt eines Beschäftigungsvertrages.

9. Der Klarheit halber wird empfohlen, in Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes die Elemente der Begriffsbestimmung des Züchters in Artikel 1 Nummer iv der Akte von 1991 aufzunehmen. Diese Ergänzung wird entsprechende Änderungen anderer Bestimmungen des Gesetzes nach sich ziehen.

10. Zur Wiedergabe der Begriffsbestimmung der „Sorte“ in Artikel 1 Nummer vi der Akte von 1991 wird empfohlen, in Artikel 3 Absatz 6 des Gesetzes die Formulierung „unabhängig davon, ob sie voll den Voraussetzungen für die Erteilung eines Züchterrechts entspricht“ vor „wenn sie: ... kann“ einzufügen.

11. Eine Klarstellung wäre notwendig in bezug auf die Begriffsbestimmung des „Inhabers eines Züchterrechts“ in Artikel 3 Absatz 3 des Gesetzes und des „Eigentümers eines Züchterrechts“ in Artikel 3 Absatz 5 des Gesetzes, da sie sich auf ein und dieselbe Person zu beziehen scheinen und Verunsicherung bezüglich der Begriffsbestimmung des „Züchterrechts“ in Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes und der Begriffsbestimmung des „Züchters“ mit den vorgeschlagenen Änderungen verursachen (vergleiche Absatz 9 oben). Diese Klarstellung wird entsprechende Änderungen anderer Bestimmungen des Gesetzes nach sich ziehen (vergleiche insbesondere die Artikel 16 Absatz 3, 23, 28 Absatz 4, 51 und 56 Absatz 1 des Gesetzes).

12. Das Gesetz sieht die Begriffsbestimmung des „öffentlichen Interesses“ in Artikel 3 Absatz 9 vor: „„Öffentliches Interesse“ ist das staatliche Interesse am Schutz und an der Erhaltung neuer Sorten.“

13. Weitere Begriffsbestimmungen in Artikel 3 des Gesetzes, wie „geschütztes Muster“ und „DUS-Prüfung“ könnten einer Klärung und/oder Abgleichung der Übersetzung mit der Urschrift des Gesetzes bedürfen (vergleiche Absätze 35 bis 37 unten).

14. Artikel 3 Absatz 12 des Gesetzes sieht vor, daß die „Genbank“ „eine Einrichtung [ist], in der Saatgut und Vermehrungsmaterial voneinander abweichender Populationen und autochthoner Typen dauerhaft aufbewahrt und erhalten werden, um die biologische Vielfalt zu schützen und bestimmte Saatgutmuster und Vermehrungsmaterial von Sorten aufzubewahren, die in der Nationalen Sortenliste eingetragen sind“. Die Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt sollten unabhängig vom Züchterrecht sein. Es wird empfohlen, die Artikel 3 Absatz 12, 43 und 45 entsprechend klarzustellen (vergleiche Absätze 37 und 50 unten).

Artikel 2 der Akte von 1991: Grundlegende Verpflichtung der Vertragsparteien

15. Artikel 1 des Gesetzes sieht vor: „Dieses Gesetz regelt das Verfahren für den Schutz neuer Sorten landwirtschaftlicher Pflanzen, mit Ausnahme forstlicher Pflanzen, sowie die Art und Weise des Verfahrens für die Erwirkung und den Schutz des Züchterrechts an der geschützten neuen Sorte landwirtschaftlicher Pflanzen.“

16. Der Gegenstand des Gesetzes, wie in Artikel 1 dargelegt, scheint bestimmte Pflanzengruppen wie „forstliche Pflanzen“ auszuschließen und sich nur auf landwirtschaftliche Pflanzen zu beziehen. Der Gegenstand des Gesetzes, wie in Artikel 1 dargelegt, steht in Widerspruch zu Artikel 3 Absatz 2 der Akte von 1991.

Artikel 3 der Akte von 1991: Gattungen und Arten, die geschützt werden müssen

17. Artikel 2 des Gesetzes sieht vor: „Zweck dieses Gesetzes ist der Schutz neuer Sorten aller Typen landwirtschaftlicher Pflanzen, einschließlich der Gattungs- und Arthybriden landwirtschaftlicher Pflanzen.“ Artikel 21 Absatz 3 des Gesetzes sieht ferner vor: „Das Register der eingetragenen und geschützten neuen Sorten führt Aufzeichnungen für mindestens 15 Typen landwirtschaftlicher Pflanzen, und nach dem Beitritt der Republik Mazedonien zur UPOV werden innerhalb von zehn Jahren Aufzeichnungen für alle Arten und Sorten landwirtschaftlicher Pflanzen geführt.“

18. Artikel 3 Absatz 2 der Akte von 1991 sieht eine freigestellte Übergangszeit (höchstens 10 Jahre) für die Anwendung der Bestimmungen der Akte von 1991 auf „alle Pflanzengattungen und -arten“ vor, gestattet jedoch nicht die Ausschließung von Gattungen und Arten. Nach Artikel 2 des Gesetzes scheint es, daß der Schutz nur für landwirtschaftliche Pflanzen verfügbar ist. Diese Einschränkung ist auch in Artikel 21 Absatz 3 des Gesetzes vorhanden. Außerdem schließt Artikel 1 des Gesetzes „forstliche Pflanzen“ aus (vergleiche Absatz 16 oben).

19. Demzufolge enthalten die Artikel 1, 2 und 21 Absatz 3 des Gesetzes Bestimmungen, die in Widerspruch zu Artikel 3 Absatz 2 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 4 der Akte von 1991: Inländerbehandlung

20. Artikel 13 des Gesetzes enthält Bestimmungen über die zur Einreichung von Anträgen Berechtigten, die mit Artikel 4 der Akte von 1991 vereinbar sind.

Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991: Schutzvoraussetzungen; Neuheit; Unterscheidbarkeit; Homogenität; Beständigkeit

21. Artikel 4 des Gesetzes weist die Voraussetzungen, die für die Erteilung des Schutzes zu erfüllen sind, gemäß Artikel 5 Absatz 1 der Akte von 1991 aus.

22. Artikel 5 des Gesetzes enthält Bestimmungen über die Neuheitsvoraussetzung, die auf Artikel 6 der Akte von 1991 beruhen.

23. Es wird darum ersucht, die Genauigkeit der Übersetzung des Artikels 5 Absatz 1 des Gesetzes mit der Urschrift des Gesetzes abzugleichen, insbesondere, ob die Formulierung „verkauft oder gewerbsmäßig vertrieben“ in der Urschrift der Formulierung „[zum Zwecke der Verwertung der Sorte] verkauft oder auf andere Weise an andere abgegeben“ entspricht. Wenn die Urschrift des Gesetzes die Formulierung in Artikel 6 Absatz 1 der Akte von 1991 nicht wiedergibt, müßte Artikel 5 Absatz 1 des Gesetzes entsprechend geändert werden.

24. Zur Erfüllung des Artikels 6 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 sollte „mehrjährige Obstpflanzen“ durch „Bäume“ ersetzt werden.
25. Ferner wird empfohlen, in Artikel 5 Absatz 2 des Gesetzes „Inhaber des Rechts“ oder „Rechtsinhaber“ durch „Züchter“ zu ersetzen.
26. Artikel 6 Absatz 1 des Gesetzes enthält den ersten Satz des Artikels 7 der Akte von 1991 über die Unterscheidbarkeitsvoraussetzung.
27. Es wird empfohlen, Artikel 6 Absatz 2 des Gesetzes durch den zweiten Satz des Artikels 7 der Akte von 1991 zu ersetzen. In Artikel 6 Absatz 2 des Gesetzes fehlt der Hinweis auf „Insbesondere gilt die Einreichung eines Antrags auf Erteilung eines Züchterrechts [...] in irgendeinem Land als Tatbestand, der diese andere Sorte allgemein bekannt macht, sofern dieser Antrag zur Erteilung des Züchterrechts oder zur Eintragung dieser anderen Sorte in das amtliche Sortenregister führt.“
28. Artikel 7 des Gesetzes enthält die Elemente der Homogenitätsvoraussetzung in Artikel 8 der Akte von 1991. Zudem wurde die Formulierung „die für die Unterscheidung von anderen Sorten von maßgebender Bedeutung sind“ an den Schluß des Artikels 7 des Gesetzes angefügt. Es wird empfohlen, in Artikel 7 des Gesetzes den Wortlaut des Artikels 8 der Akte von 1991 wiederzugeben.
29. Artikel 8 des Gesetzes enthält die Elemente der Beständigkeitsvoraussetzung in Artikel 9 der Akte von 1991. Es ist anzumerken, daß die Formulierung „die für die Unterscheidung von anderen Sorten von maßgebender Bedeutung sind“ anstelle von „maßgebend“ steht und daß die Begriffe „dauerhaft und“ vor dem Wort „unverändert“ hinzugefügt wurden. Es wird empfohlen, in Artikel 8 des Gesetzes den Wortlaut des Artikels 9 der Akte von 1991 wiederzugeben.

Artikel 10 der Akte von 1991: Einreichung von Anträgen

30. Die Artikel 25 und 26 des Gesetzes enthalten Bestimmungen über die Einreichung von Anträgen.
31. In bezug auf die Mindestanforderungen, die im Antrag enthalten sein sollten, wie in Artikel 25 Absatz 3 des Gesetzes vorgesehen, muß die Anforderung „Angaben, daß die Sorte durch Gentechnik erzeugt wurde“ klargestellt werden, um die Akte von 1991 zu erfüllen. Dieser Satz scheint anzudeuten, daß der Schutz nur für Sorten verfügbar ist, die durch Gentechnik erzeugt wurden. Die Akte von 1991 ist in bezug auf die zur Entwicklung neuer Pflanzensorten angewandte Technik neutral. Diesbezüglich sollte der Schutz für neue Pflanzensorten unabhängig von den für ihre Entwicklung angewandten Züchtungsmethoden verfügbar sein. Erzeugung und/oder gewerbsmäßiger Vertrieb genetisch veränderter Sorten könnten zwar der Erfüllung anderer Maßnahmen unterliegen, doch sollten derartige Maßnahmen unabhängig vom Züchterrecht sein (vergleiche Artikel 18 der Akte von 1991). Daher wird empfohlen, Artikel 25 Absatz 3 des Gesetzes entsprechend zu ändern.
32. Artikel 26 Absatz 3 des Gesetzes bedarf einer Klarstellung in bezug auf den Tag der Einreichung des Antrags.

Artikel 11 der Akte von 1991: Priorität

33. Artikel 27 des Gesetzes enthält Bestimmungen über das Prioritätsrecht.

34. Artikel 27 Absatz 5 des Gesetzes sieht eine Frist von zwei Jahren für die Beanspruchung der Priorität des Erstantrags anstelle der von Artikel 11 Absatz 1 der Akte von 1991 vorgeschriebenen 12 Monate vor. Außerdem wurden die Bestimmungen des Artikels 11 Absatz 3 der Akte von 1991 über die Frist für die Einreichung der erforderlichen Auskünfte, Unterlagen und des Materials für Prüfungszwecke nicht in das Gesetz aufgenommen. Deshalb muß Artikel 27 des Gesetzes gemäß den Bestimmungen des Artikels 11 der Akte von 1991 geändert werden.

Artikel 12 der Akte von 1991: Prüfung des Antrags

35. Die Artikel 30 bis 32 des Gesetzes enthalten Bestimmungen über die Prüfung des Antrags. Die Übersetzung wirft Fragen bezüglich der Vereinbarkeit mit der Akte von 1991 und der Übereinstimmung innerhalb des Gesetzes auf. In Artikel 30 Absatz 1 des Gesetzes wird beispielsweise der Begriff „dauerhaft“ verwendet, während in Artikel 31 Absatz 1 des Gesetzes der Begriff „homogen“ verwendet wird. Nur der Begriff „homogen“ ist korrekt. Der Begriff „Bedingungen“ in Artikel 31 Absatz 1 und in der Überschrift des Artikels 32 des Gesetzes ist nicht angebracht. Der Begriff „Bedingungen“ in Artikel 31 Absatz 1 scheint sich auf Verfahrensschritte und in Artikel 32 auf die Auskünfte, Unterlagen und das Material, die für Prüfungszwecke erforderlich sind, zu beziehen. Es wird empfohlen, die Übersetzung mit der Urschrift des Gesetzes abzugleichen.

36. Artikel 31 Absätze 1 bis 4 des Gesetzes enthält Bestimmungen über die Prüfung des Antrags, die zusätzliche Anforderungen zu den in Artikel 12 der Akte von 1991 vorgesehenen enthalten, beispielsweise: „Die fachliche Bewertung der neuen Sorte erfolgt aufgrund der Ergebnisse, die bei der in der Republik Mazedonien oder in einem anderen Staat von einer Behörde durchgeführten Prüfung der Sorte im Freiland oder im Labor (DUS-Prüfung) erzielt werden“. Dies ist auch in der darauffolgenden Bestimmung der Fall: „Das Direktorat kann die in einem anderen Land, das ähnliche Umweltbedingungen wie die Republik Mazedonien aufweist, erzielten Ergebnisse der Sortenprüfung übernehmen.“

37. Es wird empfohlen, die Bestimmungen des Artikels 31 Absätze 1 bis 4 des Gesetzes gemäß den Bestimmungen des Artikels 12 der Akte von 1991 klarzustellen. Diese Klarstellung kann entsprechende Änderungen anderer Bestimmungen des Gesetzes nach sich ziehen (Artikel 3 Absätze 7, 8, 11 und 12, 22, 30, 32 Absatz 1, 33 Absatz 1, 43 und 45 des Gesetzes).

Artikel 13 der Akte von 1991: Vorläufiger Schutz

38. Vorbehaltlich der empfohlenen Änderungen des Inhalts des Züchterrechts in Artikel 15 des Gesetzes (vergleiche Absatz 43 unten), enthält Artikel 18 Absatz 2 des Gesetzes Bestimmungen über den vorläufigen Schutz, die mit Artikel 13 der Akte von 1991 vereinbar sind. Der Begriff „angemessener Schadensersatz“ in Artikel 18 Absatz 2 des Gesetzes ist mindestens als „angemessene Vergütung“ gemäß der Mindestanforderung in Artikel 13 der Akte von 1991 zu verstehen.

Artikel 14 bis 16 der Akte von 1991: Inhalt des Züchterrechts

39. Die Artikel 14 Absatz 2 und 15 des Gesetzes enthalten Bestimmungen über den Inhalt des Züchterrechts.

40. Artikel 14 Absatz 2 des Gesetzes sieht vor: „Das Züchterrecht ist das Recht auf wirtschaftliche Verwertung der geschützten neuen Sorte“. Da das Recht zum gewerbsmäßigen Vertrieb der Sorte (Erzeugung, Vertrieb, Einfuhr, Ausfuhr usw.) von anderen Maßnahmen abhängen kann und diese Maßnahmen vom Züchterrecht unabhängig sein sollten (vergleiche Artikel 18 der Akte von 1991), wird empfohlen, Artikel 14 Absatz 2 des Gesetzes zu streichen.

41. In Artikel 15 des Gesetzes ist die Genauigkeit der Übersetzung aufgrund der Urschrift des Gesetzes zu überprüfen.

42. Nebst der notwendigen Überprüfung der Übersetzung sollten folgende Elemente in Artikel 14 der Akte von 1991 in Artikel 15 des Gesetzes aufgenommen werden:

- in Absatz 1: Hinweis auf „Vermehrungsmaterial“; Einbeziehung der Handlungen „Aufbereitung für Vermehrungszwecke“, „Feilhalten“, „oder sonstiger Vertrieb“ nach „Verkauf“, „Aufbewahrung zu einem oben erwähnten Zwecke“ und Aufnahme der Bestimmung „Der Züchter kann seine Zustimmung von Bedingungen und Einschränkungen abhängig machen“;
- in Absatz 2: Hinweis auf „Erntegut“;
- in Absatz 3: „in den in Absatz 1 dieses Artikels erwähnten Fällen ist eine Zustimmung nicht erforderlich für“ sollte ersetzt werden durch „[d]ie Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten auch in bezug auf“;
- in Absatz 4: Die Begriffsbestimmung der „im wesentlichen abgeleiteten Sorte“ sollte durch die Begriffsbestimmung in Artikel 14 Absatz 5 Buchstabe b der Akte von 1991 ersetzt werden. Die Bestimmungen des Artikels 14 Absatz 5 Buchstabe c der Akte von 1991 fehlen ebenfalls.

43. Demzufolge sollte Artikel 14 Absatz 2 des Gesetzes gestrichen werden, und Artikel 15 des Gesetzes sollte durch die entsprechenden Bestimmungen des Artikels 14 Absätze 1, 2 und 5 der Akte von 1991 ersetzt werden.

Artikel 15 der Akte von 1991: Ausnahmen vom Züchterrecht

44. Artikel 16 Absatz 1, erster und zweiter Einzug, und Artikel 16 Absatz 3 des Gesetzes enthalten Bestimmungen über zwei verbindliche Ausnahmen vom Züchterrecht gemäß Artikel 15 Absatz 1 Nummern i und ii der Akte von 1991. Es wird um Überprüfung ersucht, ob die Übersetzung von „[d]as Züchterrecht kann ohne Zustimmung des Züchters ausgeübt werden“ in Artikel 16 Absatz 1 des Gesetzes der Formulierung „[d]as Züchterrecht erstreckt sich nicht auf“ in der Urschrift des Gesetzes entspricht.

45. In bezug auf Artikel 16 Absatz 1, dritter Einzug, des Gesetzes, „für Handlungen zum Zweck der Schaffung neuer Sorten“, sollte zur Erfüllung des Artikels 15 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991 folgendes hinzugefügt werden: „sowie in Artikel 15 Absätze 1 und 2 erwähnte Handlungen mit diesen Sorten, es sei denn, daß Artikel 15 Absatz 3 Anwendung findet“. Vergleiche in bezug auf diese Empfehlung die vorgeschlagenen Änderungen des Artikels 15 des Gesetzes (Absätze 42 und 43 oben).

46. Artikel 16 Absatz 1, vierter Einzug, und Artikel 16 Absätze 2 und 4 des Gesetzes scheinen die freigestellte Ausnahme vom Züchterrecht nach Artikel 15 Absatz 2 der Akte von 1991 zu enthalten. Die Übersetzung dieser Bestimmungen wirft einige Fragen auf. Beispielsweise wird eine Klarstellung bezüglich der Begriffe „getrennte Arten“ angestrebt, um festzustellen, ob es sich um ausgewählte Arten oder eine Liste von Arten handelt. Ferner wird um weitere Klärung dessen ersucht, was unter „persönlicher Verwendung“ im Zusammenhang mit der Anforderung, das Erntegut „für Zwecke der Vermehrung im eigenen Betrieb“ zu verwenden, zu verstehen ist. Diese Klarstellungen im Zusammenhang mit der Urschrift des Gesetzes sind erforderlich, um zu beurteilen, ob das Gesetz mit Artikel 15 Absatz 2 der Akte von 1991 vereinbar ist.

Artikel 16 der Akte von 1991: Erschöpfung des Züchterrechts

47. Gewisse Bestimmungen des Artikels 16 Absätze 1 und 2 der Akte von 1991 fehlen in Artikel 17 des Gesetzes. Es wird empfohlen, Artikel 17 des Gesetzes gemäß Artikel 16 Absätze 1 und 2 der Akte von 1991 zu ändern.

Artikel 17 der Akte von 1991: Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts

48. Artikel 42 des Gesetzes enthält Bestimmungen über eine „Zwangslizenz“. In Artikel 42 Absatz 3 des Gesetzes wird auf das öffentliche Interesse und andere Gründe für die Erteilung einer Zwangslizenz hingewiesen. Es wird empfohlen, die zusätzlichen Gründe zu streichen, um Artikel 17 Absatz 1 der Akte von 1991 zu erfüllen.

49. Der Hinweis auf „angemessene Vergütung“ in Artikel 42 Absatz 11 des Gesetzes ist mit der Anforderung in Artikel 17 Absatz 2 der Akte von 1991 vereinbar.

Artikel 18 der Akte von 1991: Maßnahmen zur Regelung des Handels

50. Vorbehaltlich der Empfehlungen betreffend die Artikel 3 Absatz 12, 14 Absatz 2, 25 Absatz 3, 43 und 45 des Gesetzes (vergleiche Absätze 14, 31 und 40 oben) scheint das Gesetz keine Bestimmungen zu enthalten, die in Widerspruch zu Artikel 18 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 19 der Akte von 1991: Dauer des Züchterrechts

51. Artikel 18 Absatz 1 des Gesetzes enthält Bestimmungen über die Dauer des Züchterrechts. Um Artikel 19 der Akte von 1991 zu erfüllen, sollte der Begriff „Bäume“ in Artikel 18 Absatz 1 des Gesetzes eingefügt werden, um sicherzustellen, daß die Dauer des Züchterrechts für Bäume 25 Jahre vom Tag der Erteilung an betragen sollte.

Artikel 20 der Akte von 1991: Sortenbezeichnung

52. Die Artikel 9 bis 11 und 38 des Gesetzes enthalten Bestimmungen über die Sortenbezeichnungen.

53. Es wird empfohlen, die Artikel 9 bis 11, 21 Absatz 5, 25 Absatz 3 und 38 des Gesetzes insbesondere gemäß den Bestimmungen des Artikels 20 der Akte von 1991 zu klären und/oder zu ändern:

- a) das Wort „geschützt“ sollte aus Artikel 9 des Gesetzes gestrichen werden;
- b) Artikel 10 Absatz 2 des Gesetzes sollte durch den Wortlaut in Artikel 20 Absätze 2 und 4 der Akte von 1991 ersetzt werden;
- c) die Artikel 10 Absätze 3 und 4 und 11 Absatz 3 des Gesetzes sollten gemäß Artikel 20 Absatz 2, 4 und 5 der Akte von 1991 geändert werden;
- d) in Artikel 10 Absatz 5 des Gesetzes wird um Klarstellung dessen ersucht, was unter „getrennte Typen landwirtschaftlicher Pflanzen“ zu verstehen ist;
- e) um Verwechslungen mit Bestimmungen über die Ausnahmen vom Züchterrecht zu vermeiden, wird empfohlen, Artikel 11 Absatz 2 des Gesetzes zu streichen;
- f) der Hinweis auf „Synonyme“ in Artikel 21 Absatz 5 des Gesetzes sollte gemäß den Bestimmungen in Artikel 20 Absatz 5 der Akte von 1991 klargestellt werden;
- g) in Artikel 25 Absatz 3, fünfter Einzug, des Gesetzes sollte in der Formulierung „die lateinische und die mazedonische Bezeichnung der Art, der die neue Sorte angehört“ das Wort „Bezeichnung“ durch „Namen“ ersetzt werden; und
- h) Artikel 38 Absatz 1 des Gesetzes erlaubt die Änderung einer Bezeichnung auf Ersuchen des Züchterrechtsinhabers. Es wird empfohlen, diese Bestimmung gemäß den Anforderungen des Artikels 20 Absatz 7 der Akte von 1991 klarzustellen.

54. Demzufolge sind, obwohl gewisse Bestimmungen des Artikels 20 der Akte von 1991 in die Artikel 9 bis 11 und 38 des Gesetzes aufgenommen wurden, Änderungen in diesen Artikeln erforderlich, um Übereinstimmung innerhalb des Gesetzes zu erzielen und die Akte von 1991 zu erfüllen.

Artikel 21 der Akte von 1991: Nichtigkeit des Züchterrechts

55. Artikel 35 des Gesetzes, „Verfahren zur Nichtigkeitserklärung der Entscheidung über den Schutz einer neuen Sorte“, scheint sich auf die Gründe für die Nichtigkeit in Artikel 21 der Akte von 1991 zu beziehen. Es wird empfohlen, die Übersetzung mit der Urschrift abzugleichen und die in Artikel 21 der Akte von 1991 verwendete Terminologie zu befolgen. Zudem sollten in bezug auf Artikel 18 Absatz 3 des Gesetzes auch Aspekte der Übereinstimmung innerhalb des Gesetzes überprüft werden.

Artikel 22 der Akte von 1991: Aufhebung des Züchterrechts

56. Artikel 36 des Gesetzes, „Aufhebung der Entscheidung“, scheint die Gründe für die Aufhebung des Züchterrechts in Artikel 22 der Akte von 1991 zu enthalten. Es wird empfohlen, die Übersetzung mit der Urschrift abzugleichen und die in Artikel 22 der Akte von 1991 verwendete Terminologie zu befolgen. Zudem sollten in bezug auf Artikel 18 Absatz 3 des Gesetzes auch Aspekte der Übereinstimmung innerhalb des Gesetzes überprüft werden.

57. Die Artikel 43 bis 45 des Gesetzes sollten klargestellt werden, um Wiederholungen und die Entstehung von Verpflichtungen für den Züchterrechtsinhaber zu vermeiden, die zu den in Artikel 22 der Akte von 1991 vorgesehenen Verpflichtungen hinzukommen.

Artikel 30 der Akte von 1991: Anwendung des Übereinkommens

58. In bezug auf die Verpflichtung, „geeignete Rechtsmittel für die wirksame Wahrung der Züchterrechte“ vorzusehen (Artikel 30 Absatz 1 Nummer i der Akte von 1991), beziehen sich die Artikel 46 bis 53 des Gesetzes auf die verfügbaren Rechtsmittel, Sanktionen und Geldstrafen. Wie in den nachstehenden Absätzen erläutert, werden verschiedene Änderungen im Hinblick auf die Übereinstimmung mit den für andere Bestimmungen des Gesetzes empfohlenen Änderungen nahegelegt.

59. Die Artikel 46 Absatz 1, 47 Absatz 3 und 52 Absatz 1 des Gesetzes sollten geändert werden, indem auf die ungenehmigten Handlungen hingewiesen wird, wie in Artikel 15 des Gesetzes nach dessen Änderungen gemäß den Empfehlungen in den Absätzen 42 und 43 dieses Dokuments vorgesehen.

60. Es wird empfohlen, im Gesetz auf Rechtsvorschriften in der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien hinzuweisen, die einstweilige Maßnahmen vorsehen.

61. Artikel 50 und 51 des Gesetzes sehen Maßnahmen vor, die an der Grenze in bezug auf eine mögliche Verletzung des Züchterrechts getroffen werden.

62. Artikel 53 des Gesetzes müßte gemäß den empfohlenen Änderungen in den Artikeln 11 und 16 des Gesetzes über die Sortenbezeichnung bzw. die Ausnahmen vom Züchterrecht geändert werden.

63. Artikel 3 des Gesetzes sieht vor: „Behörde‘ für den Schutz neuer Sorten landwirtschaftlicher Pflanzen bedeutet das Direktorat für Saatgut und Vermehrungsmaterial im Ministerium für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft“. Artikel 20 Absatz 1 des Gesetzes sieht vor: „Das Verfahren zum Schutz der neuen Sorte aufgrund des Antrags und der eingereichten Unterlagen wird vom Sachverständigenausschuß für den Schutz neuer Sorten landwirtschaftlicher Pflanzen durchgeführt“. Außerdem sieht Artikel 33 Absatz 1 des Gesetzes vor, daß „der Minister eine Entscheidung über den Schutz der neuen Sorte trifft, wenn die Sorte die Bedingungen erfüllt [...]“. Es wird empfohlen, die Funktion des Direktorats und des Ausschusses im Zusammenhang mit der Verpflichtung nach Artikel 30 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 klarzustellen. Es wird empfohlen, die detaillierten Informationen in Artikel 20 Absatz 2 des Gesetzes bezüglich des Ausschusses in die Durchführungsbestimmungen aufzunehmen.

64. Die Artikel 19, 26 Absatz 2 und 33 Absatz 3 des Gesetzes erfüllen die Verpflichtung zur Veröffentlichung von Mitteilungen über die Anträge auf Erteilung und die Erteilung des Züchterrechts und die vorgeschlagenen Sortenbezeichnungen nach Artikel 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991. Es wird empfohlen, im Gesetz klarzustellen, daß die Veröffentlichung der Entscheidung über das Züchterrecht auch die genehmigte Sortenbezeichnung enthalten soll, wie von Artikel 20 Absatz 3 und Artikel 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991 vorgeschrieben.

65. Es wäre von Vorteil, Artikel 28 des Gesetzes über die Veröffentlichung des Antrags in bezug auf die Frage zu klären, wer zur Erhebung von Einwänden berechtigt ist.

66. Im Hinblick auf die Übereinstimmung innerhalb des Gesetzes wird empfohlen, die Artikel 21 und 22 des Gesetzes in bezug auf die im Amtsblatt zu veröffentlichenden Mitteilungen, die im Register für Beteiligte verfügbaren Informationen und die geeigneten Maßnahmen zur Wahrung der berechtigten Interessen des Züchters klarzustellen.

Allgemeine Schlußfolgerung

67. Aus der Analyse in diesem Dokument geht hervor, daß das Gesetz verschiedene Bestimmungen der Akte von 1991 enthält. Die Analyse wies indessen eine bedeutende Anzahl Bestimmungen im Gesetz aus, die mit der Akte von 1991 nicht vereinbar sind (vergleiche Absätze 16, 19, 24, 25, 27, 31, 34, 40, 42, 43, 45, 47, 48, 51, 53, 54, 59 und 62 dieses Dokuments). Zudem scheinen gewisse Bestimmungen im Gesetz unter sich widersprüchlich zu sein; andere bedürfen einer Klärung (vergleiche Absätze 8, 9, 10, 11, 13, 14, 28, 29, 32, 37, 53, 54, 55, 56, 57, 60, 63, 64, 65 und 66 dieses Dokuments). Ferner ist es erforderlich, die Genauigkeit der Übersetzung und der verwendeten Terminologie mit der Urschrift des Gesetzes abzugleichen (vergleiche Absätze 13, 23, 35, 41, 44, 46, 55 und 56 dieses Dokuments). Demzufolge wird empfohlen, das Gesetz gemäß den Empfehlungen in diesem Dokument zu ändern, damit die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien in der Lage ist, den Bestimmungen der Akte von 1991 „Wirkung zu verleihen“, wie in deren Artikel 30 Absatz 2 vorgeschrieben.

68. *Der Rat wird ersucht,*

a) die Analyse in diesem Dokument zur Kenntnis zu nehmen;

b) zu empfehlen, daß die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien die in Dokument C(Extr.)/25/4 dargelegten zusätzlichen Bestimmungen und Änderungen in das Gesetz aufnehme, und zu empfehlen, daß nach Aufnahme der zusätzlichen Bestimmungen und Änderungen in das Gesetz das geänderte Gesetz dem Rat zur Prüfung auf Vereinbarkeit mit Artikel 34 Absatz 3 der Akte von 1991 vorgelegt werde;

c) das Verbandsbüro zu ersuchen, bei der frühesten Gelegenheit der Regierung der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien bei der Abfassung der erforderlichen zusätzlichen Bestimmungen und Änderungen des Gesetzes seine Unterstützung anzubieten, und

d) den Generalsekretär zu ermächtigen, die Regierung der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien von dieser Entscheidung zu unterrichten.

[Anlagen folgen]

ANLAGE I

Note der Ständigen Vertretung der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien,
eingegangen am 18. Februar 2008,
mit anliegendem Schreiben des Ministers für auswärtige Angelegenheiten
an den Generalsekretär der UPOV

STÄNDIGE VERTRETUNG DER REPUBLIK MAZEDONIEN
BEIM AMT DER VEREINTEN NATIONEN UND ANDEREN INTERNATIONALEN
ORGANISATIONEN IN DER SCHWEIZ

Nr. 16-01-89

Die Ständige Vertretung der Republik Mazedonien beim Amt der Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in der Schweiz empfiehlt sich dem Generalsekretär des Internationalen Verbandes zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) und beehrt sich, die Urschrift des Schreibens von Herrn Antonio Milošoski, Minister für auswärtige Angelegenheiten der Republik Mazedonien, an Herrn Kamil Idris, Generalsekretär des Internationalen Verbandes zum Schutz von Pflanzenzüchtungen, zu übermitteln.

Eine amtliche Übersetzung des Gesetzes der Republik Mazedonien über den Schutz neuer Sorten landwirtschaftlicher Pflanzen (ins Englische) liegt an.

Die Ständige Vertretung der Republik Mazedonien beim Amt der Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in der Schweiz nimmt diese Gelegenheit wahr, den Generalsekretär des Internationalen Verbandes zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) erneut ihrer vorzüglichen Hochachtung zu versichern.

Genf, den 18. Februar 2008

Herrn Kamil IDRIS
Generalsekretär
Internationaler Verband zum
Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV)

GENF

Republik Mazedonien

MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
Der Minister

Skopje, den 30. November 2007

Sehr geehrter Herr Idris,

hiermit beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß das Parlament der Republik Mazedonien das Gesetz über den Schutz neuer Sorten landwirtschaftlicher Pflanzen am 4. Juli 2007 verabschiedet hat.

Diesbezüglich beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Republik Mazedonien beabsichtigt, dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen vom 2. Dezember 1961, revidiert in Genf am 10. November 1972, am 23. Oktober 1978 und am 19. März 1991 (UPOV-Übereinkommen), beizutreten.

Gemäß den Bestimmungen des Artikels 34 Absatz 3 des UPOV-Übereinkommens wäre ich dankbar, wenn der Rat der UPOV die Vereinbarkeit des Gesetzes der Republik Mazedonien über den Schutz neuer Sorten landwirtschaftlicher Pflanzen mit den Bestimmungen des UPOV-Übereinkommens prüfen würde.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Antionio Milošoski

Dr. Kamil IDRIS
Generalsekretär
Internationaler Verband zum
Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV)
GENF

[Anlage II folgt]

ANNEX II / ANNEXE II / ANLAGE II / ANEXO II

[In English only / En anglais seulement /
Nur auf Englisch / En Inglés solamente]

LAW ON NEW VARIETIES OF AGRICULTURAL PLANTS
OF THE FORMER YUGOSLAV REPUBLIC OF MACEDONIA

(Translation in English provided by the Government
of The former Yugoslav Republic of Macedonia)

Pursuant to Article 75 paragraphs 1 and 2 of the Constitution of the Republic of Macedonia, the President of the Republic of Macedonia and the President of the Assembly of the Republic of Macedonia issue this

**DECREE
FOR PROMULGATION OF
THE LAW ON NEW VARIETIES OF AGRICULTURAL PLANTS**

The Law on New Varieties of Agricultural Plants, adopted by the Assembly of the Republic of Macedonia on its session held on 20 June 2007, is hereby promulgated.

No. 07-2892/1
20 June 2007
Skopje

President of the
Republic of Macedonia,
Branko Crvenkovski

President of the
Assembly of the Republic of
Macedonia,
Ljubisha Georgievski

**1. Law on Protection of New Varieties
of Agricultural Plants**

I. GENERAL PROVISIONS

Article 1

Subject

This Law shall regulate the procedure for protection of new varieties of agricultural plants, except forest plants, as well as the manner of the procedure for acquisition and protection of the breeder's right to the protected new variety of agricultural plants.

Article 2

Purpose of the Law

The purpose of this Law shall be the protection of new variety of all types of agricultural plants, including hybrids among genera and species of agricultural plants.

Article 3

Meaning of Terms

The terms used in this Law shall have the following meaning:

1. "Breeder" means one or more national or foreign legal entities or natural persons who have bred, or discovered and developed, a variety;
2. "Breeder's right" means the rights of the breeder arising from this Law;
3. "Holder of a breeder's right" means a legal entity or natural person who has the right to submit an application for the protection of a new variety and has received a decision and a certificate for the protection of a new variety;
4. "Applicant" means a legal entity or natural person who has submitted an application;
5. "Owner of a breeder's right" means a legal entity or physical person who, by protecting the variety, acquires the breeder's right;
6. "Variety" means a plant grouping within the frames of the meaning of the botanical taxon of the lowest known rank, if it can be:
 - defined by the expression of the characteristics resulting from a given genotype or combination of genotypes,
 - distinguished from any other plant grouping by the expression of at least one of the said characteristics; and
 - considered as a unit, if those characteristics remain unchanged in the reproduction;
7. "Protected variety" means a variety for which a decision has been issued for the protection of new variety, which contains a description of the variety;
8. "Protected sample" means a definite sample of seed material from the protected new variety;
9. "Public interest" is the state interest for protection and maintenance of new varieties;
10. "Authority" for the protection of new varieties of agricultural plants means the Seed and Propagating Material Directorate within the Ministry of Agriculture, Forestry and Water Economy;

11. DUS test means a procedure for recognition of the variety based on certification of distinctness, uniformity and stability of the variety according to the UPOV Convention;
12. Gen Bank means an institution in which the seed and propagating material of divergent populations and autochthonous types is permanently kept and maintained, in order to protect the biodiversity and keep definite samples of seed and propagating material of varieties registered in the National Variety List; and
13. UPOV means International Union for the Protection of New Varieties of Plants with headquarters in Geneva, Switzerland.

II. CONDITIONS FOR VARIETY PROTECTION

Article 4

Protection Criteria

- (1) The variety shall be protected by gaining the breeder's right.
- (2) Every variety can be protected if it is:
 - new,
 - distinct,
 - uniform,
 - stable and
 - designated by a denomination in accordance with the provisions of Article 10 of this Law.

Article 5

New Variety

- (1) The variety shall be deemed to be new if, at the date of submitting of the application for variety protection, it has not been sold or commercially exploited by or without the consent of the breeder of the variety in the Republic of Macedonia earlier than one year before the date of submitting the application for protection of the new variety at most, and in another country earlier than four years before the date of submitting the application for protection of new variety, while for multi-annual fruit plants and grapevine earlier than six years before the date of submitting the application for protection of new variety.
- (2) Within the meaning of paragraph (1) of this Article, the following shall not be deemed as selling or commercial exploitation of the new variety:
 - transfer of the rights to the variety by an agreement,
 - contracted production, reproduction, finalisation or storing the propagating material or the products from that variety at the expense of the holder of the right, under the condition that the holder of the right keeps the exclusive ownership right to reproduction of the propagating material, the variety products or the products thereof,
 - examination of the variety on the field or in a laboratory, i.e. in an experimental production, in order to determine the variety use value if that is done by the right holder or a person authorized by the right holder,
 - official variety examination for the purpose of registration in the National Variety List, i.e. risk assessment for genetically modified varieties and
 - selling agricultural products created as side-products, i.e. as surplus during the development of the new variety, under the condition that those products be intended for end use and that the denomination of the variety not be given.

Article 6
Distinct variety

- (1) The variety shall be deemed to be distinct if it is clearly distinguishable from any other variety whose existence is a matter of common knowledge on the day of submitting the application for protection of a new variety.
- (2) The variety shall be deemed to be a matter of common knowledge if on the day of submitting the application in the Republic of Macedonia:
 - it is registered in the National Variety List in any country by the day of submitting the application,
 - an application is submitted and the procedure is completed by which the variety is registered in the National Variety List in any country; and
 - the propagating material of the variety or a product of the variety has already been traded or it has been used for making profit.

Article 7
Uniform variety

The variety shall be deemed to be uniform if, subject to the variation that may be expected from the particular features of its propagation, it is sufficiently uniform in its relevant characteristics, which are of relevant importance for differentiation from other varieties.

Article 8
Stable variety

The variety shall be deemed to be stable if its characteristics, which are of relevant importance for differentiation from other varieties, remain permanent and unchanged after repeated propagation or, in case of a particular cycle of propagation, at the end of each such cycle.

Article 9
Designation of New Variety

The protected variety should be designated by a denomination which will be its generic designation for differentiation from other protected varieties, pursuant to Article 10 of this Law.

Article 10
Denomination of Protected New Variety

- (1) Any designation can be registered as denomination of a protected new variety, which enables differentiation of the variety from another variety and can be a word, a word combination, a combination of words and figures or a combination of letters and figures unless it is not otherwise agreed upon this law.
- (2) A designation cannot be registered as a denomination of a protected new variety if it:
 - is not adequate in terms of the language,
 - disables the variety to be identified,
 - consists solely of figures, unless otherwise provided in the country,

- is equal or similar to the denomination of any other variety whose existence is a matter of common knowledge of a group of plants species, while it is in use,
 - is liable to mislead or to cause confusion concerning the origin, characteristics, values, use, and recognition of the geographical origin,
 - consists of a botanical or a denomination whose existence is a matter of common knowledge of a genus or species or includes such denomination which is liable to mislead,
 - includes words such as genus, species, variety, form, hybrid or a translation of those words into another language,
 - is liable to mislead concerning the breeder or the holder of the breeder's right,
 - is against the public order and moral; and
 - is against the industrial property regulations.
- (3) In case a certain variety has already been registered in the National Variety List or an application has been submitted for such an entry in any signatory country of international agreements or conventions which are signed i.e. acceded by the Republic of Macedonia, in the Republic of Macedonia only the denomination of the variety that was registered can be registered, entered in the National Variety List or listed in the application in another state.
- (4) As an exception of paragraph (3) of this Article in the Republic of Macedonia a certain variety can be registered under another denomination only if the use of the first denomination was not adequate in the terms of the language or because that would be against the public order and moral.
- (5) The manner of registering the denomination of the protected new variety of the separate types of agricultural plants referred to in paragraph (4) of this Article shall be prescribed by the Minister for Agriculture, Forestry and Water Economy (hereinafter referred to as: the Minister).

Article 11 **Use of the Denomination**

- (1) The use of the denomination of the protected new variety shall be mandatory. The propagating material of the protected new variety can be released in trade only if the denomination has been attached on the protected new variety. The obligation for use of the denomination of the protected new variety continues even after the termination of the protection of the variety pursuant to Article 21 paragraph (6) of this Law.
- (2) The provision of paragraph (1) of this Article shall not apply if the propagating material of the protected new variety is used for non-commercial purposes.
- (3) The protected new variety must be designated by the same registered denomination in all states, except in the case referred to in Article 10 paragraph (4) of this Law.
- (4) In trade in propagating material of the protected new variety, apart from the registered denomination, the denomination of a trade mark can be used i.e. another designation provided that the registered denomination is clearly visible and recognisable.
- (5) The denomination of the protected new variety or a denomination which can be replaced with that denomination must not be used for another variety of the same or closely related species of agriculture plants.

III. EXERCISING THE RIGHT TO PROTECTION

Article 12

Right to Protection

- (1) The breeder shall be entitled to ask for a protection of the new variety, as well as his/her legal successor or legal heir.
- (2) If during the process of creating the variety several breeders have participated together, the collective right of protection shall belong to them or to their legal heirs. In case when one or more persons who participated in the creation of the new variety waive the right to protection the other persons, who participated in the creation of the variety may exercise that right.
- (3) If the variety creation is based on an employment agreement between the employee and the employer, in accordance with the tasks, the employee to create new varieties, the right to protection of the new variety shall belong to the employer. When the mutual rights and obligations have been regulated by this agreement, the right to protection of the new variety shall be determined by this agreement.

Article 13

Persons Entitled to Submit an Application for Protection of New Variety

- (1) An application for protection of new variety can be submitted, pursuant to Article 12 paragraph (1) of this Law, by a person or a breeder, which is a citizen of the Republic of Macedonia, other natural persons with permanent stay in the Republic of Macedonia or legal entities established in the Republic of Macedonia.
- (2) The foreign legal entities and natural persons as far as the breeder's right is concerned in the Republic of Macedonia shall have the same rights as the national persons, if it derives from the international agreements signed or acceded by the Republic of Macedonia, or on the grounds of reciprocity. The reciprocity shall be proved by the person referring to the reciprocity.
- (3) The foreign legal entities and natural persons, in the action before the authority, pursuant to Article 19 form this Law, shall exercise their rights by submitting an application through authorised representatives who are national legal entities or natural persons and who deal with representing in the procedure for new variety protection.

IV. THE RIGHTS OF THE BREEDER

Article 14

Acquiring the Breeder's Right

- (1) The breeder shall acquire the breeder's right for new variety protection by entry of that right in the register for protected novelties referred to in Article 21 of this Law.
- (2) The breeder's right shall be right to economic use of the protected new variety.

Article 15

Authorisation of the Breeder

- (1) The authorisation of the breeder shall be required when the protected new variety is used by legal entities and natural persons for:
 - production or reproduction,
 - selling; and
 - exporting and importing.
- (2) The authorisation referred to in paragraph (1) of this Article shall be required when:
 - the propagating material has been obtained without the authorisation for reproduction of the protected new variety; and
 - the breeder has not had reasonable opportunity to require breeder's right for the material for the propagating material of that variety due to justified reasons.
- (3) In the cases referred to in paragraph (1) of this Article an authorisation shall not be required for:
 - varieties which are essentially derived from the protected variety, where the protected variety is not itself an essentially derived variety,
 - varieties which are not clearly distinguishable from the protected variety; and
 - varieties i.e. hybrids whose production requires the repeated use of the protected variety.
- (4) A variety shall be deemed to be essentially derived from another variety when:
 - it is mostly predominantly derived from the initial (original) variety, or from a variety which is itself predominantly derived from the initial variety; and
 - it is clear distinguishable from the initial variety by at least one characteristic.

Article 16

Exceptions to the Breeder's Right

- (1) The breeder's right can be used without the breeder's authorisation:
 - for acts done privately and for non-commercial purposes,
 - for acts done for experimental purposes,
 - for acts done for the purpose of breeding other varieties and
 - if the protected new variety from separate species of agriculture plants is produced on the producer's own property for personal use and he/she pays a certain fee to the holder of the breeder's right, with the exception of the small producers of propagating material.
- (2) The fee referred to in paragraph (1) indent 4 of this Article shall be less than the licensed production of the reproduction material from that variety on the same territory.
- (3) The producer who uses it for further harvest pursuant to paragraph (1) indent 1 of this Article shall be bound to provide all data concerning the further reproduction to the breeder upon request of the holder of the breeder's right.
- (4) The small producers of propagating material from the protected new variety shall be determined by the minister depending on the genera and species of the plants.

Article 17

Exhaustion of the Breeder's Right

The authorisation of the breeder shall not be required for the use of certain parts of plants for further multiplication with the exception when it:

- involves further propagation of the variety; or
- involves an export into a country which does not protect the new varieties of the plant genus or species to which the variety belongs.

Article 18

Duration and Termination of the Right to Protection

- (1) The breeder's right for grapevine, fruit plants, hop and potato shall last for 25 years, while for all other genera or species it shall last for 20 years from the day of obtaining the breeder's right by the end of the calendar year.
- (2) If during the procedure for protection of the new variety it has been used for commercial purposes, contrary to Article 15 of this Law, the person who submitted an orderly application for granting a breeder's right shall be entitled to a suitable damage compensation, according to the general regulations for damage compensation, but only for the period from the date of publication of the application in the Official Gazette of the Republic of Macedonia by the date of recognition of the breeder's right.
- (3) The breeder's right shall cease to be valid if:
 - the holder of the breeder's right has cancelled,
 - the time frame referred to in paragraph (1) from this Article has expired; and
 - the decision with which the right was gained is annulled.

V. PROCEDURE FOR VARIETY PROTECTION

Article 19

Authority

The Directorate shall be authorised to:

- conduct an administrative procedure for protection of the new variety and registration of the denomination of the new variety ,
- keep a register of applications for protection of novelties and a register for the protected novelties,
- publish data in the Official Gazette of the Republic of Macedonia concerning the applications, including the proposal for the variety denomination, the rejection of the applications, the entry and possible changes of the registration in the register of applications, the withdrawal of the applications, the decisions for protection of the new variety and its possible changes, as well as other official notifications,
- cooperate with other state bodies within the Directorate, international organisations and associations, with associations of citizens, as well as with nongovernmental organisations in the area of protection of the new variety,
- exchange results from the examinations of the varieties and other information within their competences with the authorities from other states,
- control the fulfilment of the obligations of the holders of the breeder's right; and
- perform other activities laid down by this Law.

Article 20

Commission for Protection of New Varieties

- (1) The procedure for protection of the new variety on the basis of the application and the submitted documentation shall be conducted by Expert Commission for Protection of New Varieties of Agriculture Plants.
- (2) The commission for protection of new varieties of agriculture plants (hereinafter referred to as: the Commission) shall be appointed by the Government upon a proposal of the minister. The Commission shall consist of five members, of which four members are selected from among experts with at least seven years of work experience in the area of plant production and one member of the Directorate's employees which elect a president and his/her deputy from among themselves.
The president of the Commission shall be elected by the members. The president and members of the Commission shall be elected for a period of four years with the right to re-election. The president and the members shall be entitled to remuneration in the amount determined by the minister, and provided in accordance with the Programme for Protection of New Varieties of Agriculture Plants.
- (3) The manner of operation of the Commission shall be laid down by the Commission's Rules of Procedure.
- (4) The Commission shall submit a report for its operation to the minister at least once a year.

Article 21

Registers

- (1) The Directorate shall keep a register of application for protection of new varieties and a register for protected new varieties.
- (2) Data concerning the submitted applications and the granted rights shall be entered in the register.
- (3) The register of registered and protected new varieties shall keep records, for at least 15 types of agriculture plants, and after the membership of the Republic of Macedonia in UPOV within ten years records shall be kept for all species and varieties of agriculture plants.
- (4) The register of applications shall keep records on the following:
 - data on the applicant, breeder or the authorised representative,
 - date of submission of the application,
 - plant genera and species,
 - proposal for temporary designation on the variety i.e. application for the denomination of the variety,
 - application for stopping i.e. termination of the action and
 - comments on the court decision in terms of the right of submitting an application.
- (5) The register of protected new varieties shall keep records on the:
 - plant genera and species and the registered denomination of the variety with all synonyms,
 - variety description and appropriate documents,
 - varieties the breeding of which requires constant use of certain ingredients for the production of propagating material of the protected variety, those ingredients are also stated,
 - the name and surname of the holder of the breeder's right, the breeder and the authorised representative,

- the date of the commencement and termination of the variety protection with the reasons for the termination,
 - the name and address of the person who has transferred the right for commercial use of the variety by a license agreement,
 - the name and address of the person who has been granted a forced license, followed by the conditions under which it has been granted and the date of termination of that right; and
 - comments on the court decisions concerning the breeder's right.
- (6) The Directorate must keep the collection of documents for individual cases in original and copies for at least five more years after the withdrawal or rejection of the application, i.e. five years after the termination of the breeder's right.
- (7) The species and varieties subject to mandatory protection, the form and contents and the manner of keeping the register of applications for protection of new variety and the register for protected new varieties shall be prescribed by the minister.

Article 22

Public Access to Registers

- (1) The register of applications and the register of protected new varieties shall be public. The registers shall be available to the public only in the presence of an official person. Upon written request of the interested persons, the Directorate shall issue a statement from the registers within 30 days from the submission of the application.
- (2) The Directorate shall be bound to provide access to its documentation and the information on the submitted applications and the recognised rights i.e. granted rights upon written request of every person who will prove to be entitled, with the exception of the documentation which is not published in the Official Gazette of the Republic of Macedonia and concerning the following:
- documents which are submitted with the applications,
 - documents which refer to the breeder's rights that have been obtained, and
 - documentation on official examinations of the varieties.
- (3) The applicant can request for the data concerning the composition of the variety not to be available to the public.
- (4) With the exception of paragraph (1) of this Article it can be requested for the data not to be available to the public in case of hybrid, in the course of the duration of the procedure for protection of the new variety, as well as after the protection has been performed.
- (5) The documentation and information referred to in paragraph (2) of this Article, as well as other services connected to protection of the new variety protection and obtaining the breeder's right shall be available if the claimant has borne all costs incurred.

Article 23

Costs for Procedure

- (1) In a procedure for protection of new variety and maintaining the breeder's right, the applicants i.e. the holder of the breeder's right shall pay the costs for the conducted procedure for recognition i.e. granting the right.
- (2) The amount of the separate costs of the procedure referred to in paragraph (1) of this Article and the amount of the costs for providing informative services referred to in Article 22 paragraph (5) of this Law depending on the type of the plant, the complexity of the procedure and the time needed for professional evaluation of the variety shall be

determined by the Government of the Republic of Macedonia upon proposal of the Minister of Finance and they will be revenues in the Budget of the Republic of Macedonia.

Article 24

Administrative procedure for Protection of New Variety

- (1) The Directorate shall make initial decision in the procedure for protection of the new variety and for obtaining the breeder's right.
- (2) In the administrative procedure the Directorate shall act according to the provisions of this Law and the regulations adopted on the basis of this Law, and the Law on General Administrative Procedure will apply for all that has not been provided for with this Law.
- (3) Against the decision adopted by the Director of the Directorate, the party shall be entitled to file a complaint to the minister.
- (4) The complaint shall be submitted within 30 days from the day of delivery of the decision to the party.

Article 25

Commencement of the Procedure for Protection of New Variety

- (1) The procedure for protection of new variety shall commence with the submission of an application to the Directorate:
- (2) For every new variety for which protection has been requested a separated application shall be submitted.
- (3) The orderly application should contain at least the following data:
 - data on the variety the protection of which has been requested,
 - data on the applicant i.e. a orderly power of authority from his/her representative,
 - data on the breeder in case he/she is not the applicant himself/herself,
 - data on the mutual representative, in case several breeders have participated in the creation of the variety,
 - the Latin and Macedonian denomination of the species to which the new variety belongs,
 - proposal on the denomination of the new variety i.e. a temporary designation of the new variety,
 - technical description of the variety,
 - data that the variety has been created by means of genetic engineering. In that case, in addition to the application previous consent for examination of that variety should be enclosed, in accordance with the regulations of the genetically modified organisms; and
 - paid prescribed tax for the application and evidence for completion of the payment.
- (4) In addition to the application referred to in paragraph (1) of this Article other data and attachments are also enclosed upon request of the Directorate.
- (5) If the Directorate finds that the application is not orderly, it shall summon the applicant to eliminate the determined drawbacks within 30 days from the day of summoning.
- (6) Upon an explained request of the applicant, for justified reasons, the time limit referred in paragraph (1) of this Article may be prolonged for 60 days.
- (7) If the applicant fails to eliminate the determined drawbacks and fails to pay the costs within the set time limit referred to in Article 23 paragraph (1) of this Law, the application shall be rejected with a conclusion.

- (8) The data from the rejected or withdrawn application shall be entered in the register of applications and published in the Official Gazette of the Republic of Macedonia.
- (9) The manner and form of the application referred to in paragraph (3) of this Article shall be prescribed by the minister.

Article 26

Date of Submitting and Publishing the Applications

- (1) The date of receipt of the completed application in the Directorate shall be deemed as date of submission of the application.
- (2) The data in the completed application shall be entered in the register of applications and the applicant is issued the application, while the Directorate publishes the application in the Official Gazette of the Republic of Macedonia.
- (3) If the applicant eliminates the drawbacks on the application within the time limit set out in Article 25 paragraph (5) and (6) of this Law, the Directorate shall determine the date of submitting the application.

Article 27

Right of Priority

- (1) The legal entity or natural person who has submitted an orderly application for protection of a new variety in a member state of international agreements and treaties signed and acceded to by the Republic of Macedonia, shall be recognised the right of priority in the Republic of Macedonia from the day of submission of the application.
- (2) An orderly application shall be deemed to be an application whose date of submission is determined according to the national legislation of the country where the application has been submitted.
- (3) If the applicant claims right of priority pursuant to paragraph (1) of this Article, he/she shall be bound to enter all data for the application to which the applicant refers to (state, date and application number) in the application submitted in the Republic of Macedonia and within 12 months from the submission of the application to enclose a transcript of the first application certified by the authority of the member state where the first application has been submitted, as well as translation of the first application into Macedonian language.
- (4) The applicant must explicitly claim the right of priority referred to in paragraph (1) of this Article in the application.
- (5) The applicant may claim right of priority in the Republic of Macedonia within two years from the day of submitting the first orderly application in the member state.

Article 28

Appeal to the Published Application

- (1) The appeal to the published application in the Official Gazette of the Republic of Macedonia pursuant to Article 26 paragraph (1) of this Law can be submitted by a person who is entitled to this. The appeal can be submitted to the Directorate while the procedure for submitting the right to protection of new variety is in progress.
- (2) The appeal can be submitted only regarding the fulfilment of the conditions for protection of the new variety pursuant to Articles 4, 5, 6, 7, 8 and 10 of this Law, i.e. the legitimacy for protection pursuant to Article 12 of this Law.

- (3) The appeal shall be submitted in a written form with an explanation. Appropriate evidence concerning the appeal shall also be enclosed in addition to the appeal.
- (4) For every published application, a separate appeal shall be submitted if the rights of the owner have been violated.

Article 29

Examination of the Appeal

- (1) The Directorate shall examine whether the appeal has been submitted by a person who has the right to file an appeal pursuant to Article 28 paragraph (1) of this Law and whether the appeal has been submitted within the prescribed time limit.
- (2) If the conditions referred to in paragraph (1) of this Article have not been fulfilled, the Directorate shall make a conclusion for rejection of the appeal.
- (3) If the conditions referred to in paragraph (1) of this Article have been fulfilled, the Directorate shall submit the appeal to the applicant and shall summon applicant within 30 days to explain the reasons stated in the appeal.
- (4) If the applicant does not explain the reasons stated in the appeal within the determined time limit referred to in paragraph (3) of this Article, the Directorate will decide on the grounds of the findings in the appeal.
- (5) The Directorate shall inform the applicant of his/her opinion for a period no longer than 90 days.

Article 30

Examination of the Contents of the Application and the Denomination of the Variety

- (1) The Directorate shall examine the contents of the application and on the basis of the data stated in the application it shall check whether the variety is new, stable, permanent and whether the applicant has the right to obtain a breeder's right. If it is found that the conditions for obtaining a breeder's right have not been fulfilled, the application shall be rejected pursuant to the Articles 5 and 12 of this Law.
- (2) The Directorate shall examine the adequacy of the denomination of the new variety. In case the proposed denomination of the new variety is contrary to the provisions of Article 10 of this Law, the Directorate shall summon the applicant to propose a new denomination for the variety within 60 days from the summoning.
- (3) The Directorate will use solely the denomination of the variety, in the procedure for protection of the new variety, which has been entered in the register of applications for protection of the new variety.

Article 31

Professional Evaluation of the Variety

- (1) If the conditions provided for in Articles 26 and 29 of this Law have been fulfilled, professional assessment shall be made of the new variety in order to:
 - check whether the variety belongs to the systematic unit, i.e. plant genera or species which is stated in the application,
 - determine whether the variety is distinct, uniform and stable pursuant to Articles 6, 7 and 8 of this Law; and
 - prepare a description of the variety if it fulfils the conditions referred to in indents 1 and 2 of this paragraph.

- (2) The professional evaluation of the new variety shall be made on the basis of the results obtained in the examination of the variety on field and in laboratory (DUS – test) conducted in the Republic of Macedonia or in another state by an authority.
- (3) The professional evaluation of the new variety can be made by:
 - the Directorate or the Professional Commission referred to in Article 20 of this Law or the authority abroad,
 - in case the examinations are made in comparative agro climate, i.e. agro ecological conditions according to the prescribed procedures and methods; and
 - upon request of the registrator and applicant after the consent of the Directorate.
- (4) In the course of the professional evaluation of the new variety, the Directorate can use the results from the examination of the variety obtained from another country which has the adequate agro ecological conditions as in the Republic of Macedonia, if the examination has been made within the frames of the international examination systems and if the evidence for the results have been derived on the basis of the international agreements signed or acceded to by the Republic of Macedonia.
- (5) The manner of operation and the procedures for professional evaluation shall be prescribed by the minister.

Article 32

Providing Conditions for the Professional Evaluation of the Variety

- (1) The applicant has to deliver the necessary data, documents and propagating material within the time limit referred to in Articles 26 and 29 of this Law for professional evaluation of the new variety pursuant to Article 31 paragraph (1) of this Law.
- (2) If the applicant does not fulfil the requirements referred paragraph (1) of this Article for justified reasons, the Directorate shall reject the application with a decision.

Article 33

Decision and Certificate for Protection of a New Variety

- (1) If the professional evaluation determines that the variety fulfils the conditions referred to in Article 31 of this Law and the applicant fulfils all the necessary conditions, the minister will adopt a decision for protection of the new variety.
- (2) The data from the effective decision for protection of the new variety shall be entered in the register of applicants and in the register for protected new varieties and published in the Official Gazette of the Republic of Macedonia.
- (3) With the effectiveness of the decision for protection of a new variety the minister shall issue a certificate for obtaining a breeder's right to the holder of the breeder's right. The certificate for obtaining the breeder's right shall be valid from the day the decision for protection of a new variety becomes effective, and is issued within six months from the day the decision becomes effective and it is published in the Official Gazette of the Republic of Macedonia.
- (4) An appeal can be submitted to the Government of the Republic of Macedonia – Second Instance Commission for Settling Administrative Affairs in the field of Agriculture, Forestry, Water Economy and Veterinary against the decision referred to in paragraph (1) of this Article.
- (5) The form and contents of the decision and the certificate for protection of a new variety shall be prescribed by the minister.

Article 34

Termination of the Breeder's Right

- (1) The breeder's right shall be terminated before the expiry of its validity if that is requested with a written statement of the holder of the breeder's right.
- (2) If the holder of the breeder's right submits a written statement to the Directorate by which he waives the breeder's right pursuant to Article 18 paragraph (3) indent 1 of this Law, the Directorate shall issue a decree for termination of the breeder's right.
- (3) The breeder's right shall be terminated the following day from the day of orderly submission of the statement of the holder of the breeder's right referred to in paragraph (2) of this Article.
- (4) On the basis of the effectiveness of the decision, the termination of the breeder's right shall be entered in the register of new protected varieties and published in the Official Gazette of the Republic of Macedonia.

Article 35

Procedure for Annuling the Decision for Protection of a New Variety

- (1) The decision for protection of the new variety will be annulled if it is found that there were no conditions provided for with this Law for recognition of that right, i.e. if it is found that:
 - on the day of receipt of the completed application pursuant to Article 5 of this Law the variety was not new or pursuant to Article 6 of this Law it was not different,
 - the variety that was protected, above all, on the basis of the data which were delivered by the applicant on the day of receipt of the completed application pursuant to Article 7 of this Law or it was not uniform or pursuant to Article 8 of this Law was not stable; and
 - the breeder's right is granted to a person without legal basis to be holder of the right, while the person was entitled to this, pursuant to Article 37 of this Law did not ask for a forced transfer of the breeder's right.
- (2) The decision for protection of the new variety can be annulled for the entire duration of the protection ex officio, upon proposal of the interested person or in by a court decision.
- (3) The proposal for annulment of the decision shall be submitted in written form to the Directorate.
- (4) In addition to the proposal referred to in paragraph (2) of this Article the applicant shall be bound to provide the necessary evidence.
- (5) The Directorate shall be bound to provide the proposal to the holder of the right within 15 days from the receipt of the proposal and to summon him/her to make a statement within a determined period which cannot be longer than 60 days from the day of receiving the announcement.
- (6) The decision for annulment of the decision for protection of a new variety shall be entered in the register of the protected new varieties and published in the Official Gazette of the Republic of Macedonia.
- (7) If it is found that there were no conditions provided for in paragraph (1) of this Article, the minister shall annul the previously adopted decision for protection of the new variety by a decision.

Article 36

Annulment of the Decision

The Directorate shall annul the decision for protection of the new variety without the consent or upon request of the parties if it claims that the holder of the breeder's right:

- has not fulfilled the obligations pursuant to Article 44 of this Law or pursuant to Article 7 of this Law the variety is no longer uniform or pursuant to Article 8 of this Law the variety is not stable.
- upon written request to the Directorate within the determined time limit, fails to provide material for multiplication and other documents as confirmation for maintenance of the variety pursuant to Article 44 of this Law,
- upon written request to the Directorate within the determined time limit, fails to provide a new proposal on the denomination of the variety pursuant to Article 38 paragraph (1) of this Law; and
- fails to pay the tax for maintaining the validity of the breeder's right pursuant to Article 43 of this Law.

Article 37

Transfer of the Breeder's Right

- (1) If a person which did not have the right to submit an application for protection of a new variety, has submitted an application or has been recognised the breeder's right, the person who had the right to submit an application for protection of a new variety may initiate a procedure to transfer the breeder's right to himself/herself and to claim damage compensation from that person.
- (2) The request referred to in paragraph (1) of this Article may be submitted the following day after publication of the application but no longer than five years from the publication of the application in the Official Gazette of the Republic of Macedonia.
- (3) If the right obtained without legal grounds pursuant to paragraph (10) of this Article has been transferred to a third person, the decision for transfer of the right will be revoked by the Directorate upon request of the person who has legal grounds.
- (4) An appeal can be submitted to the Government of the Republic of Macedonia – Second Instance Commission for Settling Administrative Affairs in the field of Agriculture, Forestry, Water Economy and Veterinary against the decision referred to in paragraph (1) of this Article.

Article 38

Deletion of Variety Denomination

- (1) The registered denomination of the new variety shall be deleted from the register of applications for protection of a new variety and the register of protected new varieties in cases when:
 - the applicant or the holder of the breeder's right request so, while the request for deletion of the variety denomination must state the reasons for deletion and proposal for a new denomination,
 - it is additionally determined that the variety denomination is registered despite the existence of reasons for rejection pursuant to Article 10 of this Law; and
 - the holder or another person has been prohibited to use that denomination.
- (2) The Directorate shall inform in written form the applicant or the holder of the breeder's right of the proposal or of the request for deletion of the denomination of the new

variety and shall summon him/her to submit a proposal for a new denomination within three months from the receipt of the request.

- (3) After the conducted procedure pursuant to Article 30 of this Law, the proposed denomination shall be entered in the appropriate register and published in the Official Gazette of the Republic of Macedonia, while at the same time the previous denomination shall be deleted from the register.

Article 39

Return to Previous Condition

- (1) If the application, the holder of the breeder's right or a third person fails to pay the costs and taxes or fails to fulfil the other liabilities to the Directorate in the procedure for protection of a new variety, due to justified reasons, within the prescribed period, due to which he/she has lost his/her rights pursuant to Article 36 of this Law, he/she may request return of those rights.
- (2) The request shall be submitted within two months after the reasons for non-fulfilment, non-settlement and non-performance of the liabilities have ceased, but no longer than one year from the expiry of the time limit for non-fulfilment, non-settlement and non-performance of the liabilities.
- (3) In addition to the request, an explanation for the non-fulfilment, non-settlement and non-performance of the liabilities shall be enclosed, as well as evidence for non-payment of tax and costs.
- (4) If the request for return in previous condition is accepted, the Directorate shall set a new time limit within which the non-settled liabilities should be completed or settled, which may not be longer than one year, starting from the day of receipt of the decision for acceptance of the request.
- (5) The person submitting the request for return in previous condition shall not be entitled to claim damage compensation, if during the time between losing the right and its return, the protected new variety was not subject to use or to a concluded agreement for use of the protected new variety.

VI. TRANSFER AND CONCESSION OF THE BREEDER'S RIGHT

Article 40

Agreement for Transfer of the Breeder's Right

- (1) The holder of the breeder's right may be entirely or partially transfer the breeder's right to another person.
- (2) The person who has the right to submit an application, i.e. the applicant may transfer the right for submission of an application for protection of a new variety or the rights deriving from the submitted application for protection of the new variety to another person.
- (3) The agreement for transfer of the breeder's right must be drawn up in written form and the signatures of the contracting parties must be certified by a public notary.
- (4) The agreement referred to in paragraph (3) of this Article shall be entered in an appropriate register kept in the Directorate.
- (5) The agreement referred to in paragraph (3) of this Article which has not been drawn up in written form and not certified by a public notary shall not have legal effect.

- (6) The agreement for transfer of the breeder's right which has not been entered in the appropriate register referred to in Article 21 of this Law shall not have legal effect towards third persons.

Article 41

License Agreement

- (1) The holder of the breeder's right may transfer the breeder's right for commercial use of the protected new variety to a third person with a license agreement. The license agreement must be drawn up in written form.
- (2) If several persons are holders of the breeder's right, consent from all persons shall be necessary for conclusion of the license agreement.
- (3) If there is no consent for conclusion of the license agreement referred to in paragraph (2) of this Article for concession of the breeder's right for usage, the regulations in the area of the ownership shall apply.
- (4) The license agreement which has not been drawn up in written form shall not have legal effect.
- (5) The license agreement, upon request of one of the parties, shall be entered in the appropriate register kept in the Directorate.
- (6) The license agreement which has not been entered in an appropriate register referred to in Article 21 of this Law shall not have legal effect towards third persons.

Article 42

Contents of the Agreement for Forced License and Granting a Forced License

- (1) The license agreement must contain provisions on the case, duration of the license, scope of the license, determination whether the license is exclusive, as well as provisions on the amount of the compensation for the conceded use of the breeder's right, if the compensation has been agreed.
- (2) In the license agreement, every provision which determines limitations to the user of the license shall be null and void, which do not derive from the breeder's right which is subject to an agreement or is necessary for retaining that right.
- (3) If there is public interest, and the protected new variety is not used for commercial purposes or is insufficiently used by the holder of the breeder's right or with his authorisation by other persons and there is no interest for conclusion of an agreement for transfer of the right to another person for the purpose of using or unjustified conditions are set, a forced license may be granted to another person.
- (4) The forced license may be granted only to a person which will prove to have at disposal material for reproduction, as well as professional, technical and financial conditions for use of the breeder's right.
- (5) The forced license shall not be granted if the holder of the breeder's right proves that there are justified reasons for non-utilisation or insufficient utilisation of the protected new variety.
- (6) The forced license shall not be granted if from the day of granting the breeder's right by the day of submitting the request for granting the forced license at least three years have not passed.
- (7) With the forced license, only the holder of the license shall have the right for full or partial performance of the activities referred to in Article 15 of this Law, partially or as a whole, for the purpose of supplying the domestic market.

- (8) A forced license may be granted for a period of at least three years, but no longer than five years.
- (9) The forced license may be continued if when re-examining the conditions referred to in paragraph (1) of this Article it is determined that there are reasons to grant a forced license. The Directorate shall make decisions concerning the request for granting, i.e. continuing the forced license.
- (10) Prior to adopting the decision to grant a forced license, the Directorate may ask for opinion from the interested associations.
- (11) In case of granting a forced license, the owner of the breeder's right shall be entitled to appropriate remuneration.
- (12) The holder of the breeder's right shall determine the amount of the remuneration referred to in paragraph (11) of this Article with the person who has been granted the forced license.
- (13) If no agreement is reached on the amount of the remuneration referred to in paragraph (12) of this Article, it shall be determined by the Directorate depending on the genera and species and the category of the propagating material.
- (14) On the basis of the forced license, the Directorate may require the holder of the breeder's right to provide a sufficient quantity of propagation material for reproduction and use of the variety to the holder of the forced license. The holder of the breeder's right shall receive an appropriate remuneration for the reproduction material from the holder of the forced license depending on the genera and species and the category of the propagating material.
- (15) In the case of a forced license, the holder of the breeder's right may request information on the production of the material for reproduction of the protected variety from a professional institution, authorised to perform professional control of the production of the reproduction material.

VII. LIABILITIES OF THE HOLDER OF THE BREEDER'S RIGHT

Article 43

Means for Performing Activities for Maintaining the Breeder's Right

- (1) The means for financing the setup of comparative examinations and keeping the definite samples in Gen bank shall be provided in accordance with the annual Programme for Protection of New Varieties.
- (2) Besides the funds referred to in paragraph (1) of this Article for maintaining the breeder's right, the funds shall also be provided from the remuneration paid by the holder of the breeder's right.
- (3) The remuneration referred to in paragraph (2) of this Article shall be paid at the beginning of the calendar year, by 31 January at the latest.
- (4) The time limit referred to in paragraph (3) of this Article may be extended up to six months from the orderly submission of the notification upon an explained request of the holder of the breeder's right.
- (5) If the remuneration for maintaining the breeder's right has not been paid even after the expiry of the additional time limit referred to in paragraph (3) of this Article, the right shall cease to be valid.
- (6) The amount of the remuneration referred to in paragraph (2) of this Article shall be determined by the Government of the Republic of Macedonia, upon proposal of the

Minister for Finance depending on the plant genera and species and the category of the propagating material and they are revenue of the Budget of the Republic of Macedonia.

Article 44

Maintaining the Protected Variety

- (1) While the protection of the new variety is ongoing, the holder of the breeder's right shall be bound to maintain the protected variety, i.e. to keep its inherited characteristics unchanged.
- (2) Upon request of the Director, the holder of the breeder's right must provide the Directorate with documents or material for reproduction necessary to examine the maintenance of the variety.
- (3) If during the examination it is found that the holder of the breeder's right does not maintain the variety the Directorate shall initiate a procedure for repealing i.e. annulling that breeder's right.

Article 45

Protected Variety

- (1) The holder of the breeder's right must provide a protected variety from the propagating material for reproduction of the protected new variety to the Directorate within a determined time limit, for:
 - renewal of the protected sample,
 - conducting comparative examinations with the other varieties which are in procedure for protection; and
 - storing in a Gen bank.
- (2) The Directorate may authorise the holder of the breeder's right to keep or renew the protected material for reproduction himself/herself, if there are appropriate storing conditions.

Article 46

Right to Information in Case of Violation of the Right

- (1) If a person economically exploits and produces reproducing material of a protected new variety with no agreement to that purpose in place i.e. contrary to an agreement concluded with the holder of the breeder's right, this person shall be bound to provide all necessary data upon request from the holder of the right.
- (2) If data is not provided voluntarily, the holder of the breeder's right may request that the Inspectorate adopt a decision ordering the violator to submit the data requested.
- (3) The decision referred to in paragraph (2) hereunder may be appealed in front of the Minister.
- (4) The appeal shall not delay the enactment of the decision.

VIII. COURT PROTECTION

Article 47

Damage Compensation Lawsuit

- (1) A person having violated the right with the reported i.e. protected new variety shall be considered responsible for the damage in accordance with general damage compensation regulations.
- (2) A person whose rights have been violated may, in addition to damage compensation, request that further violation of rights be prohibited to the person having violated the rights.
- (3) Breeder's right violation shall refer to any unauthorised economic exploitation of a protected new variety i.e. production, finishing, release in trade, export or import, without previous consent thereto from the holder of the breeder's right to the specific protected new variety.

Article 48

Lawsuit for Breeder's Right Violation

- (1) A lawsuit for breeder's right violation may be launched within three years following the date on which the plaintiff learned about the violator i.e. the violation. No lawsuit may be launched if more than five years have passed the date of the violation.
- (2) The lawsuit referred to in paragraph (1) of this Article shall be launched with the competent court.

IX. SUPERVISION

Article 49

Enactment

Supervision over the enactment of provisions contained in the present Law and of regulations adopted on the basis of the present Law shall be performed by the Ministry of Agriculture, Forestry and Water Economy.

Article 50

Supervision Performed by Agriculture Inspectors

- (1) Supervision over the enactment of provisions contained in Articles 11, 15, 16 and 46 of the present Law shall be performed by the State Agricultural Inspectorate via state agriculture inspectors and by phytosanitary inspectors located on border crossings.
- (2) Should justified doubt arise with the state agriculture inspector during supervision of a violation having been done, the state agriculture inspector shall temporarily seize objects having been used or intended to be used within the violation or objects having been obtained with the violation as such.
- (3) The state agriculture inspector shall with no delay hand over objects he/she has temporarily seized, accompanied by a proposal for initiating a misdemeanour procedure.

Article 51

Supervision Performed by Phytosanitary Inspectors

- (1) In case an owner of a breeder's right draws attention to the possibility of his/her breeder's right being violated with the export of certain protected new varieties from the Republic of Macedonia or during import to the Republic of Macedonia, the phytosanitary inspector may, upon proposal from this breeder's right owner, order that the following be done at the border crossing:
 - that the owner or owner's representative inspect the material in question; and
 - that the material in question be seized, removed from trade and stored.
- (2) Within the proposal referred to in paragraph (1) of this Article, the breeder's right holder shall have to submit the following to the phytosanitary inspector: a more detailed description of the protected new variety material, satisfactory evidence towards the existence of the breeder's right and of potential violation thereof;
- (3) Upon request from the phytosanitary inspector, the breeder's right owner shall be bound to deposit security for any damage likely to occur with the enactment of such measures.
- (4) The phytosanitary inspector shall immediately inform the importer, exporter or receiver of the protected new variety propagating material on measures undertaken if import is involved of a protected new variety propagating material to the Republic of Macedonia;
- (5) The phytosanitary inspector shall revoke measures undertaken if the holder of the breeder's right does not launch an appeal thereto within seven days.

X. MISDEMEANOUR PROVISIONS

Article 52

Fines

- (1) A fine of EUR 3,000 to 5,000 in denar countervalue shall be imposed for a misdemeanour to a legal entity in the following cases:
 - it has, without any previous permission from the owner of the breeder's right, produced or reproduced propagating material of the protected reproduction variety (Article 15, paragraphs (1) and (2)); and
 - it has released into trade, imported or exported any propagating material of the protected new variety without having fulfilled conditions pursuant to the present Law (Articles 14, 15, 16, 17 and 18).
- (2) A fine of EUR 500 to 1,000 in denar countervalue shall be imposed for the misdemeanour mentioned in paragraph (1) of this Article also to the responsible person at the legal entity.
- (3) A fine of EUR 200 to 800 in denar countervalue shall be imposed to a natural person for the misdemeanour referred to in paragraph (1).

Article 53

Fines

- (1) A fine of EUR 1,000 to 3,000 in denar countervalue shall be imposed for a misdemeanour to a legal entity in the following cases:
 - it has, contrary to Article 11, paragraph (1) of the present Law, released in trade propagating material of the protected new variety, in case the variety's registry

- denomination has not been specified or in case the specific denomination has not been stated correctly,
- it has, contrary to Article 11, paragraph (5) of the present Law, used the denomination of a new variety protected by the present Law or another denomination that may easily be confused with the denomination of another variety belonging to the same or related species, and
 - it has, contrary to Article 16, paragraph (3) of the present Law i.e. Article 46 of the present Law, fail to issue requested data to the owner of the breeder's right.
- (2) A fine of EUR 200 to 500 in denar countervalue shall be imposed for the misdemeanour referred to in paragraph (1) of this Article also to the responsible person at the legal entity.
- (3) A fine of EUR 300 to 500 in denar countervalue shall be imposed to a natural person for the misdemeanour referred to in paragraph (1).

XI. TRANSITIONAL AND FINAL PROVISIONS

Article 54

Coordination of Work

- (1) A breeder's right over a variety having been protected prior to the entry into force of the present Law shall continue to exist by the expiration of the obtained breeder's right validity.
- (2) A breeder's right over a variety referred to in paragraph (1) of this Article may be annulled or cancelled prior to the expiration of its validity period only if it be found that conditions in terms of distinctness, uniformity and stability have not been fulfilled with the granting of such right.

Article 55

Cessation of Validity of the Previous Law

The day this Law enters into force, the provisions of Articles 61 through 85 of the Law on Seeds, Seedlings and Propagating Materials, and Variety Recognition, Approval and Protection (Official Gazette of the Republic of Macedonia No. 41/2000) shall cease to be valid.

Article 56

Entry into Force

This Law shall enter into force on the eighth day from the date of its publication in the Official Gazette of the Republic of Macedonia.

[End of Annex II and of document/
Fin de l'annexe II et du document/
Ende der Anlage II und des Dokuments/
Fin del Anexo II y del documento]